

Österreich beantragt Änderungen für GLÖZ-6-Standard bei EU-Kommission	1
Weltbauernverband will junge Bäuerinnen und Bauern weiter stärken	1
EU-Kommission genehmigt drei neue GV-Maissorten	2
Mit aktiver Waldwirtschaft dem Klimawandel begegnen und Waldfunktionen sichern	3
Bio Austria lehnt bekannt gewordenen Entwurf zu neuer Gentechnik entschieden ab	4
Land Steiermark greift Kürbisbauern unter die Arme	6
Unwetter in Niederösterreich und Kärnten verursachten erneut große Schäden	7
Rosemarie Ferstl zur neuen Vizepräsidentin der Landwirtschaftskammer OÖ gewählt	8
RWA holt Logistikpreis für Kleinteilelager Traun	10

Österreich beantragt Änderungen für GLÖZ-6-Standard bei EU-Kommission

Liste mit ausgenommenen Kulturen soll erweitert werden

Wien, 22. Juni 2023 (aiz.info). - Österreich hat eine Änderung des Strategieplans der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Jahre 2023 bis 2027 eingereicht. Es geht dabei um eine praxistauglichere Gestaltung des GLÖZ-6-Standards. "Der GAP-Strategieplan ist ein Zukunftsprogramm für unsere Bäuerinnen und Bauern, denn er bietet unseren Familienbetrieben Perspektiven. Die Antragszahlen seit Jahresbeginn zeigen, dass wirkungsvolle und attraktive Fördermaßnahmen entwickelt wurden. Als Landwirtschaftsminister ist es mir wichtig, dass sich unsere Betriebe weiterentwickeln können und wir gleichzeitig die Vorreiterrolle beim Umwelt- und Klimaschutz festigen. Mit der praxisgerechteren Ausgestaltung des GLÖZ 6-Standards bringen wir diese Anforderungen unter einen Hut", betont Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig**. Eine Genehmigung des Antrags erwartet das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML) noch vor Herbst 2023.

Die aktuelle Fassung des GLÖZ-6-Standards mit einer Mindestbodenbedeckung für Ackerflächen über den Winter (1. November bis 15. Februar) stellt Betriebe mitunter vor große Herausforderungen, zumal die Nutzung der Frostgare damit stark eingeschränkt wird. Damit gehen Schwierigkeiten in der Vorbereitung des Saatbeets, mit erhöhtem Schädlingsdruck sowie in Bezug auf den Wasser- und Wärmehaushalt der Böden einher, teilt das BML mit. Deshalb wurde die Liste um zusätzliche Kulturen, die von der Regelung ausgenommen sind, erweitert. So sollen Flächen mit Erdäpfeln, Ölkürbis, Zuckerrübe, für die Saatgutvermehrung von Gräsern und Mais, Heil- und Gewürzpflanzen sowie Sommermohn und Öllein vom Mindestausmaß von 80% Bodenbedeckung der Ackerflächen ausgenommen werden.

Weiters sind Ausnahmen für geflügel- bzw. schweinehaltende Betriebe bis zu 40 ha Ackerfläche und mit einem Maisanteil über 30% vorgesehen. Deren Flächen auf schweren Böden sollen ebenso ausgenommen werden, wenn sie über einen Mindestviehbesatz von 0,3 GVE/ha Ackerfläche verfügen. Auch bei Inanspruchnahme der Ausnahmebestimmungen müssen jedoch im definierten Zeitraum mindestens 55% der betrieblichen Ackerflächen eine Bodenbedeckung aufweisen, wobei die Ausnahmen für bestimmtes Feldgemüse bestehen bleiben sollen, teilt das Landwirtschaftsministerium mit. (Schluss)

Weltbauernverband will junge Bäuerinnen und Bauern weiter stärken

Generalversammlung mit einer hochrangigen Delegation aus Österreich

Rustenburg, 22. Juni 2023 (aiz.info). - Die Generalversammlung des Weltbauernverbandes (WFO) fand kürzlich in Südafrika statt. Unter dem Motto "Investitionen in bäuerliche Lösungen für widerstandsfähige Lebensmittelsysteme mit positiven Auswirkungen auf die Natur" wurden Workshops, Podiumsdiskussionen und Betriebsbesichtigungen veranstaltet. Die zentrale Rolle von Junglandwirt:innen und Bäuerinnen stand dabei immer wieder im Fokus.

Die drei Südafrikanischen Gastgeberorganisationen (SAAI, AFASA, WRSA) konnten bei der Generalversammlung etwa 250 internationale Teilnehmer:innen begrüßen. Auch Österreich war mit Burgenlands LK-Präsident Niki Berlakovich, Valentina Gutkas von der Landjugend, Burgenlands Landesbäuerin Christine Riepl und Andreas Thurner, Referatsleiter EU und internationale Beziehungen der LK Österreich, vertreten.

Auf die zahlreichen globalen Herausforderungen für die Landwirtschaft ging WFO-Präsident Arnold Puech d'Alissac in seinem Jahresbericht ein. Dabei verwies er unter anderem auf die sich verschärfende Klimakrise, die kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa und eine Vielzahl an Konfliktherden rund um den Globus. Er betonte zugleich, dass die WFO als geeinte und starke Organisation auftrete. Er erklärte auch, dass es verstärkte Bemühungen innerhalb der WFO gebe, Junglandwirt:innen eine Plattform zu bieten.

WFO präsentiert strategisches Rahmenkonzept

Es wurde auch das strategische Rahmenkonzept der WFO präsentiert. Dieses dreht sich insbesondere um die wirtschaftliche Tragfähigkeit der globalen Landwirtschaft, verbesserte Lebensbedingungen im ländlichen Raum und die Rolle von Landwirt:innen bei der Bewältigung globaler Herausforderungen. Themenübergreifend wurde der Fokus immer wieder auf die zentrale Rolle von Junglandwirt:innen und Bäuerinnen gelegt.

Die Generalversammlung nahm außerdem mehrere Positionspapiere an, die in den vorangegangenen Monaten von den Mitgliedern erarbeitet worden waren. Darin wurde eine klare Absage an Produkte erteilt, die aus dem Labor stammen (wie etwa "Kulturprotein" als Fleischersatz). Darüber hinaus fordert die Generalversammlung CO₂-Märkte im Einklang mit der Produktion von Lebensmitteln und Rohstoffen aufzubauen sowie eine faire Abgeltung von zusätzlicher Treibhausgasminderungen. (Schluss) kra

EU-Kommission genehmigt drei neue GV-Maissorten

Nicht für den Anbau zugelassen

Brüssel, 22. Juni 2023 (aiz.info). - Die EU-Kommission hat drei neue Sorten von genetisch verändertem (GV) Mais zur Verwendung als Lebens- und Futtermittel genehmigt. Zudem wurde die Zulassung für vier genetisch veränderte Kulturen - drei Sojabohnen und eine Baumwolle - als Lebens- und Futtermittel verlängert. Die Genehmigung umfasst nicht den Anbau in der EU. Alle Produkte, die daraus hergestellt werden, unterliegen laut Europäischer Kommission den strengen Kennzeichnungs- und Rückverfolgbarkeitsvorschriften der EU.

Die genetisch veränderten Kulturen durchlaufen ein umfassendes und strenges Zulassungsverfahren, das ein hohes Schutzniveau für die Gesundheit von Mensch und Tier sowie für die Umwelt gewährleistet, wird betont. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat die Zulassung nach wissenschaftlicher Prüfung empfohlen. Die Zulassung gilt für zehn Jahre.

Die Mitgliedstaaten erreichten im Ständigen Ausschuss und im anschließenden Berufungsausschuss weder für noch gegen die Zulassung eine qualifizierte Mehrheit. In diesem Fall trifft die EU-Kommission die Entscheidung auf Grundlage der wissenschaftlichen Bewertung. (Schluss)

Mit aktiver Waldwirtschaft dem Klimawandel begegnen und Waldfunktionen sichern

Österreichische Forsttagung heuer in Hall in Tirol

Hall, 22. Juni 2023 (aiz.info). - Arbeitsplatz und Einkommensquelle, grüne Lunge, Lebensversicherung, Energielieferant sowie Erholungsraum - der Wald muss vielen Ansprüchen gerecht werden. Der Klimawandel setzt dem Wald zu, gleichzeitig ist der Wald Teil der Lösung der Klimakrise und auch der Energiewende. Was das für die Zukunft der Waldwirtschaft bedeutet, wurde bei der diesjährigen Österreichischen Forsttagung in Hall in Tirol diskutiert. Und dabei sind sich alle einig: Die Devise lautet "schützen durch nützen".

"Es gibt nun auf europäischer Ebene starke Bestrebungen, den Wald vorrangig als Kohlenstoffspeicher zu sehen. Die Außernutzungstellung großer Waldflächen gilt als einzig wahre Lösung gegen den Klimawandel. Das wird nicht funktionieren. Wald ist mehr. Nur durch aktive Waldbewirtschaftung und die Möglichkeit, damit Einkommen zu erzielen, gelingt uns der Schutz der Bäume und der Umbau zu klimaresilienten Wäldern", so Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig**

Bergwald nützen und dadurch schützen

Fast die Hälfte Österreichs ist mit Wald bedeckt, Tirol hat einen Waldanteil von mehr als 40% an der Landesfläche. Die Schutzfunktion des Waldes ist in Tirol von besonders hoher Bedeutung. Rund 70% der Tiroler Wälder sind Schutzwald, österreichweit liegt der Anteil bei 40%. "Die Bestrebungen der EU, was den Wald anlangt, gehen vor allem auch für Tirol in die falsche Richtung. Nutzungsbeschränkungen und Flächenstilllegungen sind für den Tiroler Wald insgesamt und auch für den Klimaschutz und die Energiewende kontraktproduktiv", bekräftigt LH-Stv **Josef Geisler** und nennt als Beispiel Osttirol.

In Osttirol haben Schadereignisse und nachfolgend der Borkenkäfer den Wald und seine Schutzfunktion großflächig in Mitleidenschaft gezogen. "Wir können den Wald nicht sich selbst überlassen. Wir müssen aktiv eingreifen, um die Schutzfunktion so schnell wie möglich wiederherzustellen." 1,2 Mio. klimafitte Bäume werden heuer alleine in Osttirol aufgeforstet.

Eingriffe nach Schadereignissen unerlässlich

Auch im Sinne des Klimaschutzes ist eine aktive und nachhaltige Waldbewirtschaftung unerlässlich. Rund 100 Mio. t Kohlenstoff sind im Tiroler Wald in Holz, Blättern, Wurzeln und im Waldboden gespeichert. Wenn Wälder jedoch durch Stürme, Schneebruch oder auch Brände und Schädlinge großflächig zerstört werden, wird der gespeicherte Kohlenstoff bei der Zersetzung des Holzes freigesetzt. "Auch deshalb ist es wichtig, Schadholz schnell aufzuarbeiten und mit klimafitten Bäumen aufzuforsten."

Umbau in klimafitte, bunte Mischwälder im Gange

Bedeutet das Waldwirtschaft weiter wie bisher? "Nein", lautet die klare Antwort von Tirols Forstreferent Geisler, "wir müssen alles daransetzen, unsere Wälder in klimafitte Bergwälder umzubauen." Seit drei Jahren werden die Aktivitäten in Tirol für einen klimafitten Bergwald intensiviert. Das Motto dabei: Vielfalt statt Einfachheit. "Knapp 10% des Tiroler Waldes sind so genannte 'klimasensible Waldgebiete',

also Wälder in trockenen und tiefen Lagen unter 1.000 m Seehöhe", weiß **Kurt Ziegner**, Vorstand der Abteilung Forstplanung und Präsident des Tiroler Forstvereins. Der Anteil der Mischbaumarten bei Aufforstungen liegt in Tirol aktuell bereits bei mehr als 50%. Vor zehn Jahren war es ein Drittel.

Multifunktionale Bewirtschaftung

Veranstaltet wird die Österreichische Forsttagung "Waldwirtschaft - quo vadis?" vom Österreichischen Forstverein. Dessen Präsident **Johannes Wohlmacher** verweist auf das Referat von Harald Mauser vom Europäischen Forstinstitut zur Vielfalt an EU-Politiken, die sich auf die Bewirtschaftung des Waldes auswirken: "Der Green Deal will die Herausforderungen des Klimawandels meistern. Leider gibt es dabei aber Zielkonflikte, die gelöst werden müssen. Die in Österreich gelebte und bewährte multifunktionale Bewirtschaftung der Wälder muss in der waldbezogenen EU-Politik berücksichtigt werden."

Die konkrete Forderung von Johannes Wohlmacher dazu lautet: "Die gezielte Verjüngung überalterter Wälder mit klimafitten Baumarten ist das Gebot der Stunde. Denn junge Wälder nehmen am meisten Kohlendioxyd (CO₂) auf und haben die beste Kohlenstoffbilanz. Leider stehen dem nur allzu oft überhöhte Wildstände entgegen. Hier bedarf es eines Umdenkens, einer Neuorientierung der Jagd, die mit der überfälligen Regulierung der Schalenwildbestände ihren Beitrag leisten muss." (Schluss)

Bio Austria lehnt bekannt gewordenen Entwurf zu neuer Gentechnik entschieden ab

Dachverband IFOAM Europe verabschiedet Resolution

Wien, 22. Juni 2023 (aiz.info). - Nach dem Bekanntwerden eines Entwurfs der EU-Kommission über die zukünftige Regelung von neuer Gentechnik (NGT) hat der Dachverband der europäischen Bio-Verbände, IFOAM Europe, - bei dem auch Bio Austria Mitglied ist - am 21. Juni in seiner Generalversammlung in Brüssel eine Resolution beschlossen. Darin wird bekräftigt, dass der biologische Produktionsprozess auch in Zukunft frei von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) sein muss, einschließlich GVO, die aus neuer Gentechnik stammen. Die Resolution fordert daher, den in den geltenden EU-Rechtsvorschriften verankerten Grundsatz der Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit, der die Identifizierung von GVO in der gesamten Lieferkette ermöglicht, auf alle neuen Gentechniken anzuwenden. Die Resolution in voller Länge kann auf aiz.info heruntergeladen werden.

Der vor kurzem durchgesickerte Entwurf der EU-Kommission zur neuen Gentechnik stehe im krassen Widerspruch zu dieser Position. Geplant sei, dass künftig der Großteil mittels NGT erzeugter Lebensmittel sowie Futtermittel nicht mehr wissenschaftlich auf deren Risiko bewertet, nicht mehr gekennzeichnet und auch nicht mehr verpflichtend rückverfolgbar sein soll. "Das ist inakzeptabel und darf in dieser Form nicht kommen. Wenn auf einem Lebensmittel nicht mehr draufstehen muss, ob Gentechnik drinnen ist, ist die Entscheidungsfreiheit für Konsument:innen in Gefahr. Gentechnik würde dann einfach untergeschoben werden können", betont Bio Austria Obfrau **Barbara Riegler**

Ging Kommission Gentechnik-Lobbyisten auf den Leim?

"Die EU-Kommission scheint den Ammenmärchen der Gentechnik-Lobby auf den Leim gegangen zu sein. Viel genauer auf ihre Eigeninteressen ausgerichtet hätten die Konzern-Lobbyisten den Entwurf auch selbst nicht schreiben können. Die wissenschaftlich vollkommen unbelegte, seit Jahren wiederholte Behauptung der Gentechnik-Lobby, wonach neue Gentechniken eine Art Wunderlösung für nachhaltige Lebensmittelproduktion sei, scheint die Kommission geblendet und einen Tunnelblick ausgelöst zu haben", befindet die Bio Austria Obfrau.

Wandel des Ernährungssystems statt luftiger Versprechen

In Wirklichkeit gebe es keine Wundertechnik aus dem Labor, welche die komplexen Anforderungen und zahlreichen Herausforderungen rund um das Ernährungssystem und den Klimawandel lösen könne. Dazu brauche es vielmehr einen grundlegenden Wandel hin zu mehr Ökologie in der Land- und Lebensmittelwirtschaft. "Bio-Landwirtschaft ist ein erwiesenermaßen funktionierender Hebel dafür. Auf luftige Versprechen sollte man hingegen nicht setzen."

Landwirt:innen geraten in massive Abhängigkeit von Konzernen

Eine Deregulierung von Neuen Gentechniken in der EU werde zudem alle - sowohl biologisch als auch konventionell wirtschaftenden - Bäuerinnen und Bauern in massive Abhängigkeit von Saatgut-Konzernen bringen. Denn nicht nur die Verfahren der neuen Gentechnik, sondern auch Pflanzeigenschaften können patentiert werden. Öffnet man die Türe für NGT-Pflanzen, würden Bauern zu zahlenden Bittstellern bei Konzernen. "Saatgut wie bisher auf bäuerlicher Seite selbst zu vermehren, wird zu einem finanziellen Hochrisikoprojekt, weil permanent die Gefahr einer Patentrechtsklage durch Konzerne drohen wird. Das kann die Kommission nicht ernsthaft wollen", zeigt sich Riegler verärgert.

Keine Neue Gentechnik in Bio-Produktion, Koexistenzfrage unbeantwortet

Als einziger auf der Habenseite des durchgesickerten Papiers zu verzeichnender Punkt sei die enthaltene unmissverständliche Klarstellung, dass neue Gentechnik genauso wie die alte Gentechnik in der biologischen Produktion nicht zum Einsatz kommen darf. Antworten auf die Frage der Koexistenz bleibe der Entwurf aber schuldig.

Massiver Widerstand der Regierung vorauszusetzen

Ein weiterer Pferdefuß sei die im Entwurf enthaltene Abschaffung der Opt-Out Möglichkeit von Nationalstaaten. Bisher konnten sich EU-Mitgliedsstaaten dafür entscheiden, Gentechnik in ihrer nationalen Produktion zu verbieten. "Österreich ist ein Vorbild in der gentechnikfreien Produktion und EU-Vorreiter in der ohnehin gentechnikfreien Bio-Landwirtschaft. Die neue Regelung wäre eine Gefahr für diesen erfolgreichen Weg. Sollte der Entwurf bis zur offiziellen Präsentation nicht grundlegend verbessert werden, ist daher auch massiver Widerstand von der österreichischen Regierung vorauszusetzen", betont die Bio Austria Obfrau. Immerhin beinhalte auch das Regierungsprogramm die klare Position, dass für NGT in Bezug auf Pflanzen und daraus resultierende Produkte das Vorsorgeprinzip, sowie eine Risikobewertung und Kennzeichnungspflicht gelten muss, so Riegler abschließend. (Schluss)

Land Steiermark greift Kürbisbauern unter die Arme

Großflächige Ausfälle beim Feldaufgang wegen fehlender Pflanzenschutzmittel und widrigem Wetter

Graz, 22. Juni 2023 (aiz.info). - Das Land Steiermark stellt ein Sonderhilfsprogramm für Kürbisbauern bereit, die durch fehlende wirksame Pflanzenschutzmittel in Kombination mit widriger Witterung von großflächigen Ausfällen beim Feldaufgang betroffen waren. Darüber hinaus sicherte Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** Mittel für Forschungstätigkeiten zu. Bereits zuvor hat das Land Steiermark auf Ersuchen der Landwirtschaftskammer die Fruchtfolgepflicht beim Mais für dieses Jahr aufgehoben, um einen Ersatzanbau zu ermöglichen. Mit diesem Maßnahmenbündel soll sichergestellt werden, dass auch in Zukunft Ölkürbisse angebaut werden können. Auch auf ein Einlenken der EU wird gehofft.

"Infolge der heurigen Umstände haben mir viele Bäuerinnen und Bauern berichtet, dass sie nicht wissen, wie es weitergehen soll. Mit dieser Entschädigung, aber auch mit der Forschungsoffensive wollen wir sie ermutigen, weiterzumachen und auch in Zukunft auf den steirischen Ölkürbis zu setzen", betont Agrarlandesrat **Hans Seitingner**

Die massiven Verluste bei den steirischen Ölkürbis-Kulturen führen zu großer Verunsicherung bei den betroffenen Betrieben. Neben einer Entschädigung für den Wiederanbau versicherter Kürbiskulturen, bei denen die Versicherung aufgrund der Richtlinien keine Entschädigung auszahlen kann, unterstützt das Land Steiermark den Wiederanbau auf nicht aufkeimenden Kürbiskulturflächen. "Das steirische Kürbiskernöl ist ein kulinarisches Kulturgut. Mit dieser finanziellen Hilfe wollen wir die Bäuerinnen und Bauern in dieser äußerst schwierigen Situation nicht im Stich lassen und gleichzeitig ermutigen, auch in Zukunft auf den steirischen Ölkürbis zu setzen", erläutert Landeshauptmann **Christopher Drexler**

"Die Europäische Kommission wurde von uns bereits aufgefordert, bei all ihren Entscheidungen die Versorgungssicherheit zu berücksichtigen, insbesondere im Kürbisanbau ist dies aus gegebenem Anlass rasch zu bewerten. Die EU-Kommission wird auch darlegen müssen, wie in Europa künftig ein wettbewerbsfähiger Pflanzenbau abgesichert werden soll. Klar ist: Entweder produzieren wir in Europa oder wir importieren die Lebensmittel aus Übersee. Wofür ich einstehe, ist klar. Zudem wird das Landwirtschaftsministerium Forschungsbestrebungen des Sektors für eine Absicherung des heimischen Kürbisanbaus unterstützen, dazu gibt es schon erste Gespräche", so Totschnig.

Die Unterstützungsmaßnahmen im Überblick

Mais-Ersatzanbau als Ersthilfe: Bereits Anfang Juni ermöglichte das Land Steiermark durch ein Aussetzen der Maiswurzelbohrer-Verordnung für das heurige Jahr eine Ausnahme von der Fruchtfolge-Pflicht beim Mais. Damit konnten Betriebe die noch verbliebene Anbausaison nutzen.

Hagelversicherung entschädigt überschwemmte Felder

Jene Felder, die aufgrund der massiven Niederschläge überschwemmt oder verkrustet waren, werden im gewohnten serviceorientierten Ablauf durch die Hagelversicherung entschädigt.

Finanzielle Unterstützung durch das Land Steiermark

Für jene Betriebe, die ihre Kürbis-Kulturen bei der Hagelversicherung versichert haben, aber auf Basis der Versicherungsrichtlinien keine Entschädigung für den erfolgten Wiederaufbau erhalten konnten, übernimmt das Land Steiermark einen wesentlichen Kostenanteil des Wiederaufbaus. Die Unterstützung des Landes orientiert sich in etwa an der Höhe der Entschädigung der Hagelversicherung. Die Abwicklung erfolgt durch die Hagelversicherung, die alle Versicherten direkt informiert.

Forschungsoffensive Ölkürbis

Unterstützung für die steirischen Kernölbauern kommt auch von der Bundesregierung. Tatsächlich will gezielte Forschungsmaßnahmen für einen zukunftsfähigen Kürbisanbau unterstützen.

Mehr Hausverstand bei EU-Pflanzenschutzvorgaben

Von der EU fordert das Land Steiermark mehr Hausverstand bei ihren Entscheidungen. Konkret brauche es einen verantwortungsvollen Umgang mit Pflanzenschutzmitteln und eine von fachlicher Expertise getragene Diskussion. "Das aktuelle Vorgehen der EU bedroht nämlich nicht nur den Kürbisanbau in der Steiermark, sondern auch weitere landwirtschaftliche Kulturen", betont Seitinger. (Schluss)

Unwetter in Niederösterreich und Kärnten verursachten erneut große Schäden

Hagelversicherung schätzt Gesamtschaden in der Landwirtschaft auf 1,8 Mio. Euro

Wien, 22. Juni 2023 (aiz.info). - Die erste Hitzewelle brachte, wie von den Meteorologen prognostiziert, schwere Hagelunwetter mit sich. Von golfballgroßen Hagelkörnern mit Starkregen und Sturm am Mittwochnachmittag und –abend berichtet die Österreichische Hagelversicherung. "Betroffen sind vor allem die Bundesländer Niederösterreich und Kärnten, wo ein Schaden in der Landwirtschaft in der Höhe von 1,8 Mio. Euro entstanden ist", so **Mario Winkler**, Pressesprecher der Österreichischen Hagelversicherung, in einer ersten Bilanz. Auch heute, Donnerstag, seien durch die hohen Temperaturen lokal heftige Unwetter möglich.

Das jüngste Unwetter in Niederösterreich hat vor allem den Bezirk Hollabrunn betroffen. Geschädigt wurden Ackerkulturen wie Mais, Kürbis, Getreide und Wein auf 2.100 ha. Den Gesamtschaden in der Landwirtschaft in Niederösterreich schätzt die Hagelversicherung auf 1 Mio. Euro. (Anmerkung: Der tatsächliche Schaden in der Landwirtschaft ist meist höher als die Versicherungssumme, außerdem sind nicht alle Bauern hagelversichert).

In Kärnten wurden die Bezirke Spital, Villach, Hermagor von dem Unwetter heimgesucht. Ackerkulturen wie Mais, Soja, Getreide und Grünland auf einer Fläche von rund 1.300 ha wurden schwer in Mitleidenschaft gezogen. Den Gesamtschaden in der Landwirtschaft schätzt die Österreichische Hagelversicherung in diesem Bundesland auf 800.000 Euro

Betroffene Landwirte werden ersucht, ihre Schäden im Portal der Österreichischen Hagelversicherung zu melden. (Schluss)

Rosemarie Ferstl zur neuen Vizepräsidentin der Landwirtschaftskammer OÖ gewählt

Karl Grabmayr legt Funktion zurück

Linz, 22. Juni 2023 (aiz.info). - Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer (LK) Oberösterreich hat heute, Donnerstag, **Rosemarie Ferstl** zur neuen Vizepräsidentin der LK OÖ gewählt. Die Nachfolgerin von Karl Grabmayr, der nach knapp zwölf Jahren seine Funktion zurückgelegt hat, erhielt 25 von 35 Stimmen. Ferstl stammt aus Perg, bewirtschaftet gemeinsam mit ihrem Ehemann Erwin einen Veredelungsbetrieb im Nebenerwerb und ist Bezirksbauernkammer-Obfrau des Bezirks Perg. Zudem wurde Ferstl von den Mitgliedern der Bauernbund-Fraktion auch für die Funktion als neue Bauernbund-Fraktions-Obfrau einstimmig gewählt.

Anlässlich ihrer Wahl betonte Ferstl, dass die steigenden Qualitäts- und Tierwohlansprüche der Konsumentinnen und Konsumenten nur dann erfüllt werden können, wenn die Landwirtschaft auch wirtschaftlich erfolgreich betrieben werden kann. "Aktuell wird viel über die gestiegenen Lebensmittelpreise diskutiert und die Konsumentinnen und Konsumenten greifen im Supermarkt verstärkt nach dem billigen Preissegment. Wenn aber nur mehr billig eingekauft wird, dann besteht die Gefahr, dass Lebensmittel nicht mehr nach unseren hohen Qualitätsansprüchen in Österreich produziert, sondern verstärkt importiert werden. Wir brauchen aber eine starke österreichische Landwirtschaft, um die Versorgungssicherheit im eigenen Land so weit wie möglich auch weiterhin zu gewährleisten", betonte die neu gewählte LK OÖ-Vizepräsidentin.

"Rosemarie Ferstl wird eine starke politische Stimme für die Anliegen der Land- und Forstwirtschaft sein und die notwendigen und richtigen Schritte im Sinne der OÖ Bäuerinnen und Bauern setzen. Sie verfügt dabei nicht nur über die fachliche, sondern auch über die politische Erfahrung", gratulieren Bauernbund-Landesobfrau und Agrarlandesrätin **Michaela Langer-Weninger** sowie OÖ Bauernbund-Direktor **Wolfgang Wallner** zur neuen Funktion.

Langer-Weninger und Wallner bedankten sich bei Karl Grabmayr für seinen Einsatz für die heimische Land- und Forstwirtschaft. "Karl Grabmayr zeichnet sich nicht nur durch seine enorme fachliche Qualität aus. Er ist auch einer, der immer den Menschen in den Vordergrund stellt. Er hat die Agrarpolitik in Oberösterreich durch seine Tätigkeit geprägt und bereichert", so Langer-Weninger. Während seiner Funktion als Vizepräsident sei er für mehrere Kammerpräsidenten eine maßgebliche agrarpolitische Stütze gewesen. Mit Erfahrung und politischem Gespür habe er für die bäuerlichen Betriebe in Oberösterreich viel erreicht. Grabmayr wurde 2004 zum Landwirtschaftskammerrat gewählt. Seit 2011 hatte er das Amt des Vizepräsidenten inne.

Lebensmittel sind keine Inflationstreiber

In seinem Bericht während der Vollversammlung kritisierte LK OÖ-Präsident **Franz Waldenberger** die gehäufte mediale Berichterstattung rund um gestiegene Lebensmittelpreise. "Dies erweckt den Eindruck in der Gesellschaft, dass die Lebensmittelpreise zu den primären Inflationstreibern im Land

gehören. Das Gegenteil jedoch ist der Fall. Vorrangig tragen andere Bereiche wie die gestiegenen Energiekosten oder höhere Ausgaben bei Wohnen, Verkehr und Dienstleistungskosten dazu bei. Zwar liegt Österreich bei der Gesamtinflationsrate deutlich über dem EU-Durchschnitt, bei der Preisentwicklung für Lebensmittel aber deutlich unter dem Niveau wie in Deutschland oder der EU. Die ständigen Diskussionen über die Lebensmittelpreise führen dazu, dass Konsumentinnen und Konsumenten glauben, primär beim Lebensmitteleinkauf Geld einsparen zu können. Bei einem durchschnittlichen Anteil von 11 bis 12% an den Haushaltsausgaben wird aber schnell klar, dass die wahren Kostentreiber in anderen Bereichen liegen. Wir bekennen uns dazu, dass für alle Bevölkerungsgruppen der Zugang zu hochwertigen Qualitätslebensmitteln gewahrt bleiben muss. Sozial- und Einkommenspolitik sollte aber nicht über Lebensmittelpreise, sondern muss weiter zielgerichtet über Kollektivverträge und staatliche Transferleistungen gemacht werden", ist Waldenberger überzeugt.

Nein zum EU-Mercosur Freihandelsabkommen

Ein weiteres Diskussionsthema bildeten die politischen Bestrebungen auf EU-Ebene, das Freihandelsabkommen Mercosur über Umwege in Kraft zu setzen. Aktuell wird angedacht, den handelspolitischen Teil aus dem Abkommen herauszulösen. Damit würde nur noch eine qualifizierte Mehrheit und nicht die Zustimmung aller EU-Mitgliedsländer erforderlich sein. "Wir treten entschieden gegen diese Entwicklungen auf. Eine Umsetzung des Abkommens über Umwege ist nicht akzeptabel. Ohne Umwelt-, Sozial- und Lebensmittelstandards ist der Weg für klimaschädliche Importe und eine Verlagerung der Agrarproduktion in Drittstaaten geebnet. Diese Entscheidung würde die Politik der EU-Kommission angesichts des Green Deal und der Farm to Fork Strategie konterkarieren. Die Produktionsauflagen in Österreich und der EU werden stetig verschärft, der Import landwirtschaftlicher Produkte, die ohne Einhaltung von Mindeststandards der Lebensmittelsicherheit produziert werden, würde erleichtert. Das ist nicht im Sinne einer nachhaltigen EU-Landwirtschaft", so Waldenberger.

LK fordert sofortigen Importstopp oder Aussetzung des Zollfreiabkommens mit der Ukraine

Das bestehende Zollfreiabkommen mit der Ukraine wurde um ein weiteres Jahr verlängert. Die aus der Ukraine nach Europa importierten Getreide- und Ölsaatenmengen führen aber zusehends zu einer Belastung des europäischen Marktes. Vor allem auch deshalb, weil die importierten Mengen nicht wie beabsichtigt weiter in Richtung Afrika und in den Nahen Osten gelangen. Gleichzeitig ist die Ukraine auf Einnahmen aus den Agrarexporten angewiesen. Die Getreide- und Ölsaatenmärkte in Polen, der Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien gerieten immer stärker unter Druck. Grundsätzlich können von der EU temporäre Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Konkret werden die genannten Länder durch EU-Gelder aus der Agrarreserve und durch vorläufige Importstopps unterstützt. Aber auch auf Österreich und die übrigen EU-Länder wirken sich die importierten ukrainischen Getreidemengen bereits massiv nachteilig in der Preisbildung aus. "Aufgrund der enorm angespannten Situation auf den Getreide- und Ölsaatenmärkten fordert die Landwirtschaftskammer als Sofortmaßnahme einen Importstopp für Getreide und Ölsaaten aus der Ukraine oder alternativ eine Aussetzung des Zollfrei-Abkommens für Agrarprodukte. Die dringend notwendigen wirtschaftlichen Hilfen für die Ukraine dürfen nicht einseitig der Landwirtschaft angelastet werden", so Waldenberger. (Schluss)

RWA holt Logistikpreis für Kleinteilelager Traun

Innovative Projekte vom Verein Netzwerk Logistik prämiert

Linz, 22. Juni 2023 (aiz.info). - Das Kleinteilelager Traun in Oberösterreich der RWA Raiffeisen Ware Austria Verein Netzwerk Logistik (VNL Österreich) wurde mit dem Logistikpreis 2023 ausgezeichnet. Die Jury hob das durchdachte und detaillierte Konzept hervor, das eine Optimierung aller Logistikprozesse in kürzester Zeit ermöglicht hat. "Wir freuen uns sehr über diesen renommierten Preis, weil wir alle mit Herzblut bei diesem Projekt mitgewirkt haben. Es erfüllt mich mit Stolz, dass wir von einem manuellen Lager in die digitale Welt aufgestiegen sind", so Ingrid Peraus, Bereichsleiterin Logistik der RWA, die den Preis bei der Feier zum 30-jährigen Jubiläum des VNL entgegengenommen hat.

Das Kleinteilelager bietet auf über 2.000 m² Lagerfläche Platz für 47.000 Behälterplätze in 14 Meter hohen Regalen, die mit automatisierten Robotersystemen bedient werden. Das Lager wurde nach nur 16 Monaten Bauzeit im Oktober 2022 in Betrieb genommen. Insgesamt investierte die RWA 10 Mio. Euro in das Projekt.

"Das vollautomatisierte Lager in Traun ist Ausdruck der Zukunftsorientierung der RWA. Der digitale Ausbau unserer Logistik- und Lagerinfrastruktur stellt eine rasche und flächendeckende Versorgung aller Lagerhaus-Genossenschaften und ihrer Kund:innen sicher. Die Auszeichnung des VNL zeigt, dass die RWA zu den Innovationsführern in Österreich zählt", so der Vorstandsdirektor der RWA, **Stefan Mayerhofer** . (Schluss)